

Medienspiegel vom 13. Dezember 2024

Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Inhaltsverzeichnis

Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
13.12.2024 Badische Zeitung Freiburg im Breisgau: Der radioaktive	4
12.12.2024 FOCUS ONLINE: Anti-Atom-Demo - Initiative fordert Ende von Atommüll- Zwischenlager Leese	6
Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV	7
12.12.2024 n-tv online: Mecklenburg-Vorpommern: Länder für Senkung von Energiepreisen und Steuern	8

Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

Autor/-in: [fz/51-16372006]
Seite: 2 bis 2
Ressort: Tagesthema
Ausgabe: Hauptausgabe

Mediengattung: Tageszeitung
Jahrgang: 2024
Auflage: 36.719 (gedruckt)¹ 34.249 (verkauft)¹
 34.673 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,141 (in Mio.)²

¹ IVW 3/2024

² AGMA ma 2024 Tageszeitungen

Der radioaktive

Die Schweiz will im Kanton Zürich, quasi direkt an der deutschen Grenze, ein Atomendlager in 800 Metern Tiefe bauen. Experten schwärmen von dem Standort und sprechen von der besten Lösung, Anwohner sind in Sorge.

Die Standortsuche

Die Schweiz hat bereits 2008, lange vor Deutschland, mit der Suche nach einem Standort für ein Endlager ihres Atom- mülls begonnen. In Betrieb sein soll es für nicht weniger als 1 Million Jahre, natürlich sicher für Mensch und Umwelt – also ohne dass Grundwasser belastet oder die Erdoberfläche verstrahlt wird. Experten weltweit sind sich einig, dass es zu Tiefenlagern keine Alternative gibt, sagt Chris Kühn, Präsident des beim deutschen Bundesumweltministerium angesiedelten Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), am vergangenen Montag auf einer Infoveranstaltung in Waldshut-Tiengen. Früher, schmunzelt Kühn im BZ-Interview, habe es Überlegungen gegeben, den Atom- müll auf den Mond zu schießen.

Eine erste Etappe der Standortsuche endete 2011. Damals waren noch sechs Standorte zur weiteren Prüfung im Rennen. Am geeignetsten erschien der Nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) das Gestein Opalinuston. Die Nagra, an der der Bund und die Schweizer AKW-Betreiber beteiligt sind, ist für das gesamte Verfahren im Auftrag des Schweizer Bundesamts für Energie (BFE) zuständig. „Der Opalinuston ist sehr homogen und hat einen sehr hohen Tongehalt von mehr als 60 Prozent. Das führt dazu, dass Radionuklide sehr stark daran haften“ und das Tongestein wie eine Art Filter für die radioaktiven Schadstoffe fungiere, sagt der Geoökologe Bastian Graupner, Sicherheitsanalyst beim Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI), das das Verfahren beaufsichtigt. Das Tongestein habe den Vorteil, „dass, wenn Risse entstehen, diese sich wieder schließen, denn Ton quillt mit Wasser

auf“.

Andere Länder mit anderen geologischen Voraussetzungen setzen auf andere Untergrundschichten: Kanada und die skandinavischen Länder etwa favorisieren Kristallingestein. Deutschland zieht drei Wirtsgesteine in Betracht: Salz, Ton- und Kristallingestein.

Am Ende der zweiten Phase reduzierte die Nagra die Suche auf zwei Standorte; Nördlich Lägern auf Gemarkung der Gemeinde Stadel war eigentlich aussortiert, ehe die Regierung auf Rat von Experten diesen Standort im Kanton Zürich wieder in die Endauswahl aufnahm. Und ihn am Ende der dritten Phase im Herbst 2022 als besten und sichersten einstufte.

Zwar durchzieht Opalinuston die Schweiz, am flachsten aber findet man das Gestein an der Nordkante des Landes. „Sinnvoll bauen“ lasse sich ein Tiefenlager nur bis 1000 Meter, erklärt Philipp Senn von der Nagra. Nördlich Lägern in einer Tiefe von 800 bis 900 Metern ist der tiefste der drei Standorte. Bei einer Betriebszeit von einer Million Jahren müsse man mit mehreren Eiszeiten rechnen, erklärt Bastian Graupner. Und bei 800 Metern sei das Risiko geringer, dass Gletscher Material an der Oberfläche abtragen und das Lager irgendwann freigelegt wird. In dieser Tiefe sei man zudem vor Naturkatastrophen wie Wirbelstürmen und Überflutungen geschützt. Der Nagra zufolge lösen Erdbeben so tief im Erdreich keine Bewegungen aus.

Das Tiefenlager Nördlich Lägern

Vor drei Wochen hat die Nagra nun das sogenannte Rahmenbewilligungsgesuch bei der Regierung eingereicht. Es umfasst 30.000 Seiten, die man nun bis 2027 „auf Herz und Nieren“ prüfe, verspricht BASE-Chef Kühn für die deut-

sche Seite. Seine Behörde wird dabei von einer interdisziplinären Expertenkommission beraten. „Das werden wir natürlich sehr gründlich machen“, verspricht Kühn.

2029/30 will die Regierung in Bern über das Gesuch entscheiden, anschließend das Parlament. Und sollten 50.000 Unterschriften zusammenkommen, gäbe es noch ein nationales Referendum. Für Bau und Betrieb müssen danach jeweils noch eigene Gesuche eingereicht und bewilligt werden. Gegen diese weiteren Entscheide ist – anders als beim jetzigen Verfahren – der Klageweg möglich. Im Idealfall kann das Schweizer Tiefenlager 2050 in Betrieb gehen. 2060 soll noch eine neue Verpackungsanlage für Brennelemente im nahen Würenlingen im Kanton Aargau den Betrieb aufnehmen, wo es schon ein Zwischenlager gibt.

Auf 100.000 Kubikmetern soll es Platz für schwach- und mittelradioaktive Abfälle aus den AKWs und aus Medizin, Industrie und Forschung geben, wovon 55.000 Kubikmeter als Reservefläche vorgesehen sind. Für hochradioaktiven Abfall stehen 2500 Kubikmeter zur Verfügung. Aktuell sind vier Reaktoren in Betrieb, der Schweizer Atom- ausstieg ist aber beschlossen.

Die Nachbarn auf deutscher Seite

Die deutsche 4000-Einwohner-Gemeinde Hohentengen im Landkreis Waldshut ist mit zwei Kilometer Luftlinie zum Tiefenlager die nächstgelegene Kommune auf deutscher Seite. Das BASE ist berechtigt, eine Stellungnahme im aktuellen Bewilligungsverfahren abzugeben. Damit, betont BASE-Präsident Kühn, ermögliche die Schweiz weit mehr, als völkerrechtlich vorgeschrieben sei. Eine Klagemöglichkeit ist mit der Stellungnahme aber nicht verbunden. „Nördlich Lägern kann nicht

der zweitbeste Standort der Schweiz sein, es muss der beste sein. Dann tragen wir das auch mit“, betont auch der Waldshuter Landrat Martin Kistler. Anwohner in Hohentengen verspüren eine Ohnmacht, da allein in der Schweiz entschieden werde. „Wir haben das Gefühl, dass das politisch bestimmt war“, sagt Gerlinde Thoma. Ihr Mann Jürgen deutet an, dass die Schweiz bewusst einen grenznahen Ort ausgesucht habe, wo weniger Proteste von der eigenen Bevölkerung zu erwarten gewesen seien als in der Innerschweiz. Dass Nördlich Lägern zwischenzeitlich bei der Standortsuche gestrichen war, hat die Thomas verunsichert und misstrauisch gemacht. Hohentengens Bürgermeister Jürgen Wiener mahnt bei den

Schweizer Verantwortlichen Transparenz und eine Agieren „auf Augenhöhe“ an. Am Ende müsse hieb- und stichfest bewiesen sein, dass es der beste und sicherste Standort der Schweiz sei. „Sonst schwindet die Toleranz und Akzeptanz der Bürger“, sagt Wiener. Anwohner fürchteten, dass das Grundwasser kontaminiert werde. Und wie sicher ist der Atommüll bei einem Flugzeugabsturz und vor Terroristen?

Abgeltungen

Die Angst vor einem Imageverlust – wer will schon nahe eines atomaren Endlagers wohnen oder Urlaub machen? – treibt die Bewohner Hohentengens um – ebenso wie vor einem Verlust ihrer Grundstückswerte. Deshalb soll es „Abgeltungen“, freiwillige Zahlungen

für die Betroffenen, geben. 2025 sollen die Verhandlungen dafür beginnen. Das Atomendlager „hinzunehmen“ sei ein Beitrag, „der gewürdigt werden muss“, sagt Baden-Württembergs Umweltministerin Thekla Walker (Grüne). Auf deutscher Seite besteht offenkundig die Sorge, dass die Schweiz die Ländergrenze als Grenze für Ausgleichszahlungen erachten könnte. Nicht zuletzt deshalb sagt Walker wiederholt: „Wenn es zu einer Auszahlung von Abgeltungen kommt, darf die Nationalität keine Rolle spielen. Ich appelliere an alle Beteiligten, eine frühzeitige verbindliche Festlegung über die Berücksichtigung des deutschen Grenzraums zu vereinbaren.“ Frank Zimmermann

Abbildung: Tiefbohrung zur Erforschung der unterirdischen Gesteinsschichten Foto: Nagra
Fotograf/-in: Nagra
Wörter: 968

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 FOCUS ONLINE

Anti-Atom-Demo - Initiative fordert Ende von Atommüll-Zwischenlager Leese

12. Dezember 2024 16:50

[Originalartikel](#) (Online Website)

Anti-Atom-Demo: Initiative fordert Ende von Atommüll-Zwischenlager Leese Donnerstag, 12.12.2024,
16:50

Die Bürgerinitiative Strahlenschutz Leese demon ...

Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV

Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV

 n-tv online

Mecklenburg-Vorpommern: Länder für Senkung von Energiepreisen und Steuern

12. Dezember 2024 14:38

[Originalartikel](#) (Online Website)

Wie kommt die lahrende **Wirtschaft** in Schwung? Darüber machen sich auch die Ministerpräsidenten Gedanken. Die Schweriner Regierungschefin Schwesig plädiert für ...
